



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Bildungsausschuss**  
- L 213 -

Kiel, 4. November 2016  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1145  
(0431) 988 1148  
Fax (0431) 988 610 1180  
Bildungsausschuss@landtag.ltsh.de

## ***Kurzb e r i c h t***

*über die*

### *87. Sitzung des **Bildungsausschusses***

*am Donnerstag, dem 3. November 2016, 14 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14 Uhr

Der Bildungsausschuss ließ sich durch den Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Klaus Klemm das **Gutachten zur Ermittlung des Ressourcenbedarfs für die weitere Gestaltung der inklusiven Bildung in Schleswig-Holstein**, [Umdruck 18/6818](#), vorstellen.

Er beschäftigte sich weiter mit dem Antrag der Fraktion der CDU, **Differenzierten Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss ermöglichen**, [Drucksache 18/3838](#). Die abschließende Beratung zu dem Antrag wurde zurückgestellt.

Zum Antrag der Fraktionen von FDP und CDU, **Befristete Beschäftigung reduzieren - Fürsorgepflicht gegenüber der Lehrerschaft nachkommen**, [Drucksache 18/4620](#) (neu), wurde von den Koalitionsfraktionen ein Änderungsantrag, [Umdruck 18/6817](#) (neu), vorgelegt. Die abschließende Beratung zu den Vorlagen wurde bis zur Vorlage der schriftlichen Beantwortung ergänzender Fragen durch das Bildungsministerium zurückgestellt.

Der Ausschuss nahm in Aussicht, zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der PIRATEN, **Entwicklung einer OER-Strategie**, [Drucksache 18/4163](#), im nächsten Jahr ein Fachgespräch durchzuführen. Die schulpolitischen Sprecher wurden gebeten, sich über die weitere Ausgestaltung zu verständigen.

Zum Bericht der Landesregierung, **Lernmittelfreiheit in Schleswig-Holstein/Erhebung zu den Anteilen der Eltern an den schulischen Bildungskosten ihrer Kinder sowie Erhebung zu den Kostenanteilen der Schulträger pro Schüler/in und Schuljahr**, [Drucksache 18/4685](#), wurde von den Koalitionsfraktionen der Antrag auf Durchführung eines Runden Tisches gestellt, [Umdruck 18/6816](#). Die Ausschussmitglieder kamen überein, sich am Rande des nächsten Plenums über die Ausgestaltung zu verständigen. Die Teilnehmer am Runden Tisch sollen im Vorwege um eine schriftliche Stellungnahme gebeten werden.

Der Antrag der Fraktion der FDP zum **Bericht der Landesregierung zur Entwicklung der neugeschaffenen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen** ([Drucksache 18/4684](#)), [Umdruck 18/6772](#), wurde vom Ausschuss mit Zustimmung der Antragstellerin für erledigt erklärt.

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zur **Änderung des Weiterbildungsgesetzes**, [Drucksache 18/4039](#) (neu), ab. Der Ausschuss empfahl dem Landtag in Übereinstimmung mit dem beteiligten Wirtschaftsausschuss mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Stimmen von FDP und PIRATEN, den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/4039](#) (neu), in der durch [Umdruck 18/6347](#) (neu) geänderten Fassung anzunehmen.

Der Ausschuss nahm die **Beschlüsse der 28. Veranstaltung „Altenparlament“**, [Umdruck 18/6607](#), zur Kenntnis.

Die Ausschussmitglieder kamen überein, am Rande der November-Tagung des Plenums in einer zusätzlichen Sitzung das Verfahren zur Beratung des von der Landesregierung angekündigten **Gesetzentwurfs zur Neuordnung der Hochschulmedizin** festzulegen.

Schluss: 15:30 Uhr

i. V. gez. Dörte Schönfelder